

# Wenig Hilfe für Ältere und Migranten

Eine in Liestal erstellte Studie zeigt Lücken bei der Integration von psychisch Kranken auf

MARTIN BRODBECK

**Bei älteren Schweizern und Migranten mit psychischen Störungen wird kaum ein Versuch zur Wiedereingliederung ins Erwerbsleben gemacht. Das zeigt eine schweizweit durchgeführte Studie der Baselbieter Rehabilitations-Fachstelle.**

Der Anstieg der Invalidenrenten war bei der Gruppe der «psychogenen und milieureaktiven Störungen» besonders stark. Ihre Zahl hat sich in den letzten 20 Jahren fast verzehnfacht. Kein Wunder, dass IV-Rentner mit psychischen Störungen politisch besonders stark unter dem Missbrauchsverdacht stehen. Bisher wusste man nicht, um welche Menschen mit welchen Erkrankungen und welchen Belastungen und Arbeitsbiografien es sich dabei handelt. Darum hat das Bundesamt für Sozialversicherungen bei der Fachstelle für Psychiatrische Rehabilitation Basel eine Studie in Auftrag gegeben.

Niklas Baer, Leiter der Fachstelle, und seine Mitarbeiterin Tanja Fasel haben mit Professor Ulrich Frick vom Institut für Sucht- und Gesundheitsforschung Zürich rund 1200 IV-Versicherungsakten untersucht und Erstaunliches zutage gefördert. Sehr stark angestiegen sind in den letzten 20 Jahren Schmerzstörungen und Depressionen. Niklas Baer führt dies auf den starken Anstieg von Migrantinnen und Migranten, alleinerziehenden Frauen mit einer IV-Rente, Personen über 50 und dabei besonders von depressiven Schweizer Männern mit schlechten Arbeitsmarktchancen zurück. Bei den Migranten stellt die Studie einen Wandel gegenüber früher fest. Waren es damals vor allem Italiener und Spanier, kommen nun aus der Türkei und Ex-Jugoslawien Personen mit häufig schlechterer Ausbildung und Sprachkenntnis zu uns, die zudem oft von Gewalterfahrungen in ihren Ursprungsländern traumatisiert sind.

**BELASTET.** Gemeinsam ist Personen, die wegen einer psychischen Störung eine IV-Rente beziehen, etwas: Ihr Durchschnittseinkommen vor der IV-Anmeldung betrug nur ein Drittel des schweizerischen Durchschnittseinkommens. Der

häufigste Rentengrund sind Persönlichkeitsstörungen – «schwierige» Leute mit stark belasteten Biografien und einem Erkrankungsbeginn spätestens in der Jugendzeit. Die Studienverfasser stellten fest, dass der grosse Teil dieser IV-Rentner massive Belastungen erfahren hatte: Gewalt, Vernachlässigung, Heimaufenthalte, psychisch kranke Eltern. Sie seien «schon Jahrzehnte vor der IV-Anmeldung auffällig und schlecht ins Berufsleben integriert gewesen», stellt Baer fest.

Zur Frage ob die Studienverfasser «Scheininvaliden» gefunden haben, sagt Baer: «Leute, die überhaupt nicht krank sind, sind uns nicht über den Weg gelaufen – aber einige, die vor allem infolge psychosozialer Belastungen, mangelnden Bewältigungsmöglichkeiten und Perspektivlosigkeit depressiv geworden sind.» Daher trage die IV auch gesellschaftliche Probleme mit, obwohl sie dafür nicht geschaffen worden sei.

**HAUSGEMACHTE PROBLEME.** Ein Teil der Probleme ist «hausgemacht». Das IV-Verfahren sei zwar administrativ sauber, stellt Baer fest, aber bezüglich Eingliederung und Abklärung mangelhaft. Nur bei 13 Prozent der IV-Rentner aus psychischen Gründen sei ein Versuch für die Eingliederung unternommen worden. 87 Prozent wurden direkt berentet. Bei Migranten, Depressiven und Personen mit Schmerzstörungen habe man praktisch überhaupt nie eine Eingliederung versucht. Laut Baer wurden 97 Prozent der betroffenen Migrantinnen und Migranten direkt berentet. Die Studie kommt zum Schluss, dass fast nur sehr junge Personen mit reduzierter Intelligenz und einer kinderpsychiatrischen Erkrankung Eingliederungsmassnahmen erhalten haben: «Man hat für eine kleine Gruppe sehr viel getan und für die überwiegende Mehrheit fast überhaupt nichts.» Dabei, so Baer, verfüge gerade diese Mehrheit oft über eine lange Arbeitserfahrung. «Und dort, wo Eingliederungsmassnahmen durchgeführt wurden, waren sie nur selten erfolgreich», stellt Baer fest: «Nur 18 Prozent sind nach einer solchen Massnahme erwerbstätig.»

Hauptschwachpunkt im System ortet die Studie darin, dass die ärztlichen Gutachter nur prüfen, ob jemand eine IV-Rente zugute habe oder nicht. Damit kommen die Gutachter zu spät zum Zug, dann nämlich, wenn der Zug zu einer Rehabilitation schon abgefahren ist.

Die Studie schlägt daher in ihren Empfehlungen vor, dass für eine wirksamere berufliche Eingliederung bereits zu Beginn des Verfahrens gute medizinische Unterlagen vorhanden sein müssen. Diese sollten zudem auch Aussagen bezüglich der beruflichen Rehabilitation enthalten. Baer stellt fest, dass heute selbst mehrseitige medizinische IV-Gutachten nur ganz wenige Sätze über die beruflichen Folgen der Krankheit enthalten. Die neuen Massnahmen der 5. IV-Revision – Frühintervention und stärkere Eingliederungsorientierung – seien sicher drin-

gend nötig, doch müsse man jetzt «die neuen Gefässe mit Inhalten füllen».

**ERNST GENOMMEN.** Konkret schlägt die Studie ein enges Zusammenwirken zwischen beurteilenden Ärzten und IV-Stellen vor. Beim Bundesamt für Sozialversicherungen und den IV-Stellen werde die Studie ernst genommen, betont Baer. Dies gelte insbesondere auch für die Zuständigen aus den beiden Basel.

In der Nordwestschweiz ist dies besonders wichtig. Die Studie, die für die gesamte Schweiz im Zeitraum von 1993 bis 2006 repräsentativ ist, zeigt erhebliche regionale Unterschiede. In der Nordwestschweiz leben 14 Prozent der Beschäftigten in der Schweiz, aber 21 Prozent der IV-Rentner aus psychischen Gründen. Nur gerade die Genferseeregion weist eine ähnlich hohe Rate auf.

## kommentar

### Wegbereiter für den Mittelweg

MARTIN BRODBECK



Allzu lange gab es die einfache Tour. Psychisch belastete, «schwierige» Mitarbeitende wurden via Invalidenrente aus dem Erwerbsleben ausgeschieden. Als die einfache Tour vor ein paar Jahren zu teuer wurde, schlug das Pendel heftig auf die andere Seite aus. Seither werden IV-Antragsteller oft wie potenzielle Betrüger behandelt. Und es gibt begutachtende Ärzte, die sich zu Gehilfen einer Politik machen, welche die Kosten der Invalidenversicherung um jeden Preis senken will – auf dem Buckel der Betroffenen. Inzwischen räumt auch die IV ein, dass es Versicherungsbetrug im gros-

sen Stil nicht gibt (BaZ von gestern). Und die jetzt von der BaZ publik gemachte Baselbieter Studie lässt gar den Schluss zu: Es sind Gutachter und Integrationsfachleute, welche ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben. Mit ihren Empfehlungen wird die Studie zur Wegbereiterin für den goldenen Mittelweg zwischen dem früheren «Laissez faire» und dem derzeitigen scharfen Kurs. Nur Frühfassungen mit rechtzeitigen Integrationsmassnahmen führen langfristig zum Erfolg – falls auch die Arbeitgeber mitziehen. Die finanzielle Sanierung der IV ist auch darum notwendig, damit die Mittel für diese grosse Arbeit zur Verfügung stehen.

martin.brodbeck@baz.ch